

Debatte

BSW-Wahlniederlage: Die Checkliste der Fehler und wie es weitergehen muss

Die Partei um Sahra Wagenknecht hat es versäumt, sich den Arbeitern als Alternative zur AfD zu präsentieren. Sie war weder beim Migrationsthema souverän, noch hat sie gut mit ihren UnterstützerInnen kommuniziert

Von **Ralf Krämer, Andreas Grünwald**

07.03.2025

Das Ergebnis der Bundestagswahlen markiert einen Rechtsruck. Dieser ist insofern spektakulär, da sowohl die CDU/CSU als auch die AfD besonders viel Zustimmung unter Arbeitern fanden. Selbst unter den Gewerkschaftsmitgliedern, wo die Union schwächer ist, waren sie vereint genauso stark wie SPD, Linke, BSW – die hier stärker als im Durchschnitt sind – und Grüne zusammen. Nachwahlbefragungen zeigen, dass die AfD bei Menschen in schlechter finanzieller Lage, bei Arbeiterinnen und Arbeitern mit 30 Prozent oder mehr die stärkste Partei war.

Drei Viertel derer, die rechtspopulistisch wählten, machen sich Sorgen wegen der Preiserhöhungen. Auch die Angst vor Altersarmut und vor Verschlechterungen des Lebensstandards ist nirgendwo größer als bei AfD-Wählern. Im Osten ist die AfD mit Abstand die stärkste Partei. Noch Anfang des Jahres unvorstellbar, gehörte andererseits auch die Linke zu den Wahlsiegern. Sie holte besonders viele Stimmen bei Jüngeren – nicht nur bei Studierenden und jüngeren Akademikern, aber dort besonders stark.

Es fehlt eine friedenspolitische Kraft

Dass das BSW knapp an der 5-Prozent-Hürde scheiterte (auch wenn sie sich aktuell noch gegen ihr Schicksal stemmt), ist katastrophal. Denn damit fehlt im Bundestag eine friedenspolitische Kraft, die nicht nur der Hochrüstung widerspricht, sondern die sich ohne Wenn und Aber für Friedensverhandlungen und gegen weitere Eskalation des Ukraine-Kriegs positioniert. Die, besonders wichtig, den hiesigen Propagandaerzählungen – und wonach Russland einen Angriff auf Europa vorbereite – eine andere Erzählung entgegensetzt. Denn ohne diese Ideologie von den „bösen“

Russen, die die „guten“ EU-Europäer bedrohen, zu durchbrechen, wird es nur schwer gelingen mehr Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Menschen aus sozialen Bewegungen in den Widerstand gegen die Hochrüstung und Militarisierung einzubeziehen. Gelingt dies nicht, wäre damit aber auch der Widerstand gegen den absehbaren Sozialabbau schwieriger zu gestalten. Hinzu kommt: Für viele Menschen wird sich die AfD nun als wichtigste Oppositionskraft profilieren. Allein mit einem deklamatorischen Antifaschismus kann die AfD jedenfalls nicht gestoppt werden.

Dass die Linke aus den Bundestagswahlen gestärkt hervorgeht, verdankt sie ihrer klaren Haltung gegen die AfD in der durch Friedrich Merz inszenierten Debatte um den Umgang mit Flüchtlingen. Die Partei gewann damit nicht nur migrationspolitisch ein Alleinstellungsmerkmal, das ihr einen großen Zulauf von früheren Grünen- und SPD-Wählern sowie insbesondere unter Jüngeren brachte. Dass die Linke ihren Wahlkampf ansonsten mit einer Art sozialen Sympathie-Populismus (gegen Milliardäre) verknüpfte, passte dazu ausgezeichnet.

Diese Ausprägung eines eigenen sozialpolitischen Profils, in dem auch Klassenfragen durchschimmern, gelang dem BSW indes nur ungenügend. Zwar punktete das BSW am Anfang mit rentenpolitischen Forderungen, auch auf dem Parteitag im Januar lag ein Schwerpunkt in der sozialen Demaskierung der AfD, doch insgesamt blieb vieles unscharf und unausgegoren. Dies dürfte mit der Konzeption von einer ‚Volkspartei‘ zu tun haben, die sowohl die Interessen von Lohnabhängigen als auch solche aus dem „Mittelstand“ bedienen möchte. Letzteres schließt aber nicht nur Selbstständige und kleinere Unternehmen mit ein, sondern auch Eigentümer von größeren Unternehmen mit hunderten Beschäftigten.

Für die Arbeiterklasse

Die soziale Parteinahme für Lohnabhängige und sozial Benachteiligte blieb in Rücksichtnahme auf diese häufig gebrochen (Beispiel Spitzensteuersatz). Das Beschwören von „Kompetenz“ kann klare Aussagen in Lohnfragen, zu Arbeitsbedingungen, auch bei den Mieten und in anderen Bereichen nicht ersetzen. Insgesamt gab es keine klare Profilierung des BSW als Partei für die arbeitenden Menschen. Für die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sich trotzdem für das BSW eingesetzt haben, war der Einsatz für Frieden und gegen Hochrüstung der zentrale Grund.

Die Bedeutung des BSW sollte in hohem Maße darin liegen, Menschen aus der Arbeiterklasse eine Stimme zu geben, die sich von den anderen Parteien nicht mehr vertreten sehen und deshalb aus Protest der AfD zuneigen. Die Losung von der wirtschaftlichen Vernunft und die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit hätte gesamt- und finanzpolitisch konsistenter und durchdringender erfolgen müssen. Weniger eingengt über betriebswirtschaftliche Sachzwänge und auch nicht nur bezogen auf die Energiepreise. Das schließt eine populäre, zugleich aber explizite Kapitalismuskritik mit ein.

Auch die Personalauswahl für Kandidaturen oder für das Führungspersonal in einzelnen Landesverbänden verlief oft recht mechanisch, fast unpolitisch: zwei Leute von links und dazu zwei aus dem bürgerlichen Spektrum. Unbeabsichtigt brachte das auch Personen mit nach vorne, die sich dann z.B. als Anhänger der privaten Krankenversicherung offenbarten. Zugleich verlief die Auswahl der Kandidaten meist intransparent und ohne Einbeziehung der Mitglieder und Unterstützer und die Personen waren nicht alle besonders geeignet.

Koalition mit CDU in Thürigen als faules Ei

Eine stabile Zukunft wird das BSW nur finden, indem es sich sozial traditionell links und an den Interessen der Arbeitnehmer orientiert, klarer als SPD und Grüne und ohne die illusionären propagandistischen Übertreibungen der Linkspartei. Dabei darf man auch eine Konfrontation mit Kapitalinteressen nicht scheuen. Das muss sich dann auch kulturell im äußeren Erscheinungsbild einer solchen Partei spiegeln. Die zweieinhalb Millionen Wählerstimmen bei den Bundestagswahlen könnten so zu einem Ausgangspunkt dafür werden die „Repräsentationslücke“ vor allem bei Arbeitern und Angestellten eben nicht nur der AfD zu überlassen. Das sollte für die nun anstehende Programmdebatte berücksichtigt werden, in der solche sozial- und wirtschaftspolitischen Themen stärker fundiert werden müssen.

Indirekt spiegelte sich dieses Problem auch nach den Landtagswahlen im letzten Jahr, als in drei Bundesländern um Koalitionsverträge verhandelt wurde. Es war richtig, in den Koalitionsverträgen in Brandenburg und in Thüringen friedenspolitische Grundsatzpositionen zu verankern. Zugleich muss aber zur Kenntnis genommen werden, dass insbesondere die Bildung einer Koalitionsregierung mit der CDU in Thüringen offenbar von vielen Menschen als faules Ei bewertet wurde, und was sich in massiven Stimmverlusten jetzt bei den Bundestagswahlen zeigte. Sich als Anti-Establishment-Partei zu profilieren, geht so jedenfalls nicht.

Humanität geriet unter die Räder

Zu den wahlpolitischen Problemen für das BSW gehörte, dass das Friedensthema im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle spielte, während das Migrationsthema und der Umgang mit der AfD vor allem nach den Abstimmungen im Bundestag eine immer größere Bedeutung einnahmen. Dass Migration sozial reguliert werden muss, bleibt richtig. Wer „offene Grenzen“ fordert, handelt unverantwortlich. Wenn in diesem Zusammenhang aber der Eindruck entsteht, dass das Asylrecht und die Humanität unter die Räder geraten, oder dass flüchtlingspolitische Probleme darüber gelöst werden sollen, in dem man sich möglichst viele soziale Gemeinheiten für Betroffene ausdenkt, schreckt das viele humanitär denkende Menschen ab.

Auch das Abstimmungsverhalten zu den Merz-Anträgen im Bundestag war ein großer Fehler. Denn es ist ein Irrtum anzunehmen, dass man Menschen, die sich schon lange im AfD-Milieu bewegen, auf diesem Weg schnell zurückgewinnen kann. Vielmehr ist es die Aufgabe einer „linkspopulistisch“ agierenden Kraft zu verhindern, dass sich immer mehr Protestwähler dorthin bewegen. Dies gelingt mit einer konsistenten Strategie, welche sowohl sozialpolitisch als auch migrationspolitisch überzeugt und die zudem über die Friedensfrage auch die Fluchtursachen zum Thema macht.

Viel Verärgerung gab es im Umfeld des BSW betreff der sehr restriktiven Mitglieder- aufnahmeverfahren sowie einer unzureichenden Kommunikation und Einbeziehung der Unterstützerinnen und Unterstützer. Das behinderte einen flächendeckenden Wahlkampf auf den Straßen. An vielen Orten konnte man das BSW nicht anfassen, es war maximal über Plakate vorhanden. Das kann nicht auf die Frage von Mitgliederkarten reduziert werden, denn es gibt andererseits gute Gründe dafür am Anfang diesbezüglich auch vorsichtig zu agieren. Doch wer Flyer verteilen soll, möchte auch in politische Debatten einbezogen werden. Über Konferenzen, Hearings, Befragungen usw., die dann in die Willensbildung einer Partei mit einfließen können. Klug wäre es gewesen, da auch eigenständige Aktivitäten zu befördern, anstatt diese, wie häufiger geschehen, eher zu blockieren.

Die Popularität von Sahra Wagenknecht

Im Zentrum der jetzigen Debatte sollten politische Probleme stehen. Damit soll nicht abgestritten werden, dass sich das BSW auch mit starken Diffamierungskam-

pagnen konfrontiert sah. Massenmedien pushten selbst kleinste interne Widersprüche zu Skandalen auf. Auch der Umgang mit Umfragewerten einzelner Meinungsforschungsinstitute, die das BSW immer wieder deutlich unter dem am Ende dann erzielten Ergebnis setzten, führte zu Verunsicherungen, ob eine Stimme für das BSW nicht eine verschwendete sei. Selbstverständlich haben alle diese und weitere Dinge das Wahlergebnis negativ beeinflusst. Aber sie sollten trotzdem nicht im Zentrum der Debatte stehen. Erstens: weil man nur das beeinflussen kann, was man selbst macht. Und zweitens, weil sie zentrale politische Probleme sonst überdecken. Damit sich das BSW herausbilden konnte, war die Popularität von Sahra Wagenknecht von zentraler Bedeutung. Sie ist für viele Menschen eine Hoffnungsträgerin. Trotzdem wird es künftig darauf ankommen in strategischen Fragen und in der Außenwirkung kollektiver zu agieren. Das ist wichtig, um ein breiteres Fundament von Erfahrungen in Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen. Denn das BSW bleibt nötig. Als eine Partei der Friedensbewegung. Als eine Partei gegen die Einschränkung demokratischer Meinungsfreiheiten. Als eine Partei, die den sozialen Interessen der arbeitenden Menschen eine Stimme in den Parlamenten gibt, und die so auch außerparlamentarische Aktivitäten indirekt mit stützt. ¶

Ralf Krämer ist Gewerkschaftssekretär und Mitglied im BSW, **Andreas Grünwald** ist aktiv im linken Netzwerk Was tun?